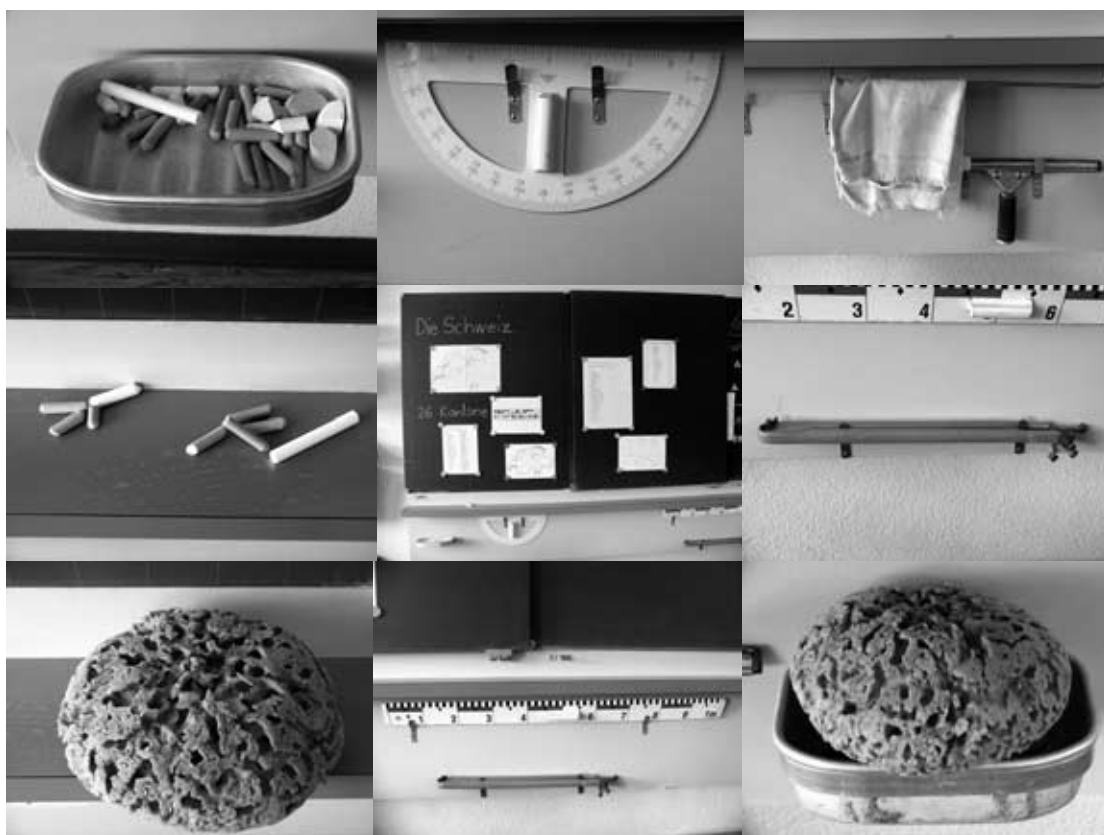


GRÜNES BÜNDNIS
Neustadtstrasse 34
Postfach 31
6000 Luzern 4

RundBrief
3/2006

Zeitschrift
für Mitglieder
und Interessierte



Auf dem Weg zur Harmonisierung

Bildungsraum Schweiz

Schwerpunkt 3

Bildung ist auf allen Ebenen im Fluss. Wir berichten darüber.

Bundeshaus 8

Ein Interview mit unserem Nationalrat Louis Schelbert über seine erste Session.

Kanton 7

Ladenöffnungszeiten sollen verlängert werden. Das Grüne Bündnis sagt Nein dazu.

junge gruene 14

Geländefahrzeuge in der Stadt? Eine Aufklärungskampagne der Jungen Grünen.



Editorial

Grüner Aufbruch schweizweit

Rosa Rumi, GB-Co-Präsidentin, Alberswil

Die Erfolgsreihe der Grünen in allen kantonalen und kommunalen Parlamenten und Exekutiven, die im letzten Jahr neu besetzt wurden, setzt sich lückenlos fort. Das freut uns riesig, und es steht ausser Frage, dass wir uns in diese Erfolge einreihen wollen. Nächste Gelegenheit dazu werden die Grossrats- und Regierungsratswahlen sein, die am 1. April 2007 stattfinden. Sogar Martin Merki sagt uns in der Neuen LZ vom 1. April 2006 gönnerhaft einen Sitzgewinn voraus.

Um dieses Ziel zu erreichen, bilden wir mit dem Vorstand eine erweiterte Wahlgruppe.

Mehrere Ortsgruppen sind bereits fleissig auf KandidatInnen-suche, auch die GB-Frauen widmen sich entschlossen dem Thema. Es sind diese unerlässlichen Bemühungen von Gruppen und Einzelnen, die den Erfolg möglich machen. Letztlich rufen wir euch alle, liebe RundBrief-Leserinnen und Leser, dazu auf, bei der KandidatInnen-suche zu helfen – oder noch besser: gleich selber kandidieren! Also: Das Seki sammelt alle Namen, Anruf oder Mail genügt.

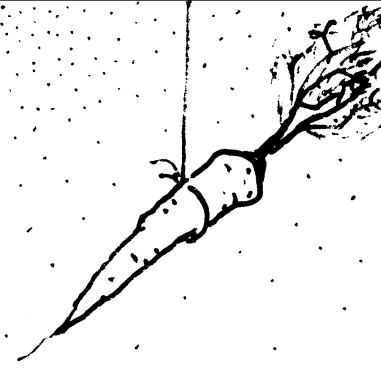


Natürlich beginnen wir mit unserer politischen Arbeit nicht bei null. Unsere sechsköpfige Grossratsfraktion arbeitet mit höchster Auslastung und mit höchster Qualität. Die Fraktionsmitglieder sind es, die am allermeisten eine Verstärkung verdienen würden.

Speziell erwähnen und verdanken wollen wir in diesem RundBrief die langjährige Arbeit von Louis Schelbert im Grossen Rat. Wir gehen davon aus, dass er sich im Nationalrat schon gut eingelebt hat. Viel Elan und viel Erfolg in Bern!

Mit grüner Politik Akzente setzen – auch ausserhalb der parlamentarischen Arbeit. Das tun wir gegenwärtig mit unserer Energie-Initiative. Die Hälfte der Unterschriften ist beieinander. Die andere Hälfte soll an den kommenden Samstagen gesammelt werden. Wir brauchen dazu dringend Verstärkung. Jonas und Natalie vom Seki sagen euch, wann und wo genau, also nachfragen.

Vielen Dank für alles, was ihr fürs GB leistet, es wird zu unserem nächsten Wahlerfolg beitragen. Grüne Politik schafft Zukunft!



saisonales, biologisches Gemüse
finden Sie
immer **Dienstags** und **Samstags**
am Wochenmarkt in Luzern
am-Stand.

Erraten Sie es wohl!?

Mark Willmann, Triengen



Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83



PATRICK STEINER
PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN

LUZERNERSTR. 33C
6010 KRIENS
TEL. 079 650 79 42

Ja zur Neuordnung der Verfassungsbestimmungen

Harmonisierung im Bildungssystem

Rosa Rumi, GB-Co-Präsidentin, Alberswil

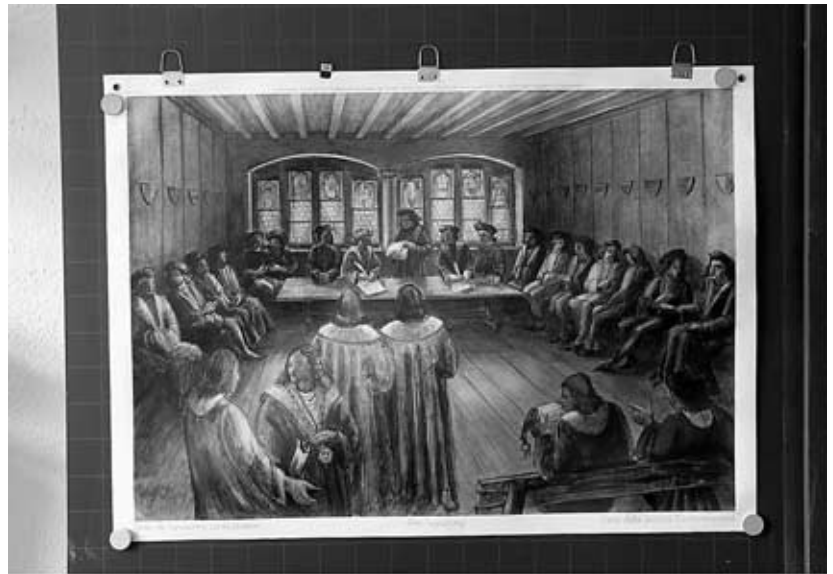
Am 21. Mai 2006 findet auf Bundesebene die Abstimmung über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung statt. Bundesrat, Parlament und Kantone wollen das Schweizer Bildungssystem weiterentwickeln: Bund und Kantone sowie die Kantone untereinander sollen eng zusammenarbeiten. Die neuen Verfassungsbestimmungen definieren die Eckwerte, die in der ganzen Schweiz harmonisiert sein sollen, und legen fest, wie dies erreicht werden kann.

Die wesentlichen Ziele der neuen Bestimmungen in Kürze. Es handelt sich um die unmittelbar bildungsbezogenen Artikel 62 bis 67 der Bundesverfassung (hier zitiert aus der Dokumentation des Bundes):

- Ziel ist eine hohe Qualität und die Ausgestaltung offener, flexibler Bildungswege als begleitende Ziele für das gesamte Bildungssystem. Aus einem Nebeneinander von kantonalen Bildungssystemen und vom Bund geregelten Teilbereichen soll ein überblickbarer «Bildungsraum Schweiz» werden.
- Schuleintrittsalter, Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen, Übergänge im System und Anerkennung von Abschlüssen sollen gesamtschweizerisch harmonisiert sein. Finden die Kantone diesbezüglich keine einheitlichen Lösungen, so kann der Bund diese vorgeben.
- Die berufsbezogenen und allgemein bildenden Bildungswege sollen eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung finden.
- Bund und Kantone steuern den Hochschulbereich künftig gemeinsam. Bei den Studienstufen und ihren Übergängen, bei der Anerkennung von Institutionen und Abschlüssen sowie bei den Finanzierungsgrundsätzen wird eine Vereinheitlichung erleichtert.
- Die Kantone behalten die Schulhoheit. Die Verfassung verpflichtet aber die Kantone zur Zusammenarbeit – untereinander und mit dem Bund.

Die Grünen Schweiz und die Fraktion in Bundesbern empfehlen ein Ja zur neuen Bildungsverfassung. In ihren Augen geht der vorliegende Verfassungsentwurf in die richtige Richtung, sie hätten sich aber weit mutigere Schritte gewünscht:

- Aus grüner Sicht müsste der Bund im Hochschulbereich weit mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und auch entsprechend wahrnehmen.
- Die grüne Fraktion begrüsst die Schaffung eines Bildungsraums Schweiz auf Volksschulstufe. Allerdings sollten die Harmonisierungsbestrebungen strenger eingefordert werden. Ein Zusammenwachsen der 26 Schulsysteme zu einem einheitlichen Schulsystem Schweiz, das lokalen Ausgestaltungsmöglichkeiten Raum lässt, wäre mehr als wünschbar. Immerhin sind die Kantone aufgerufen, Dauer und Ziele der einzelnen Bildungsstufen zu koordi-



Schulwandbild der Tagsatzung

nieren. Die Übereinstimmung im Volksschulbereich wird also zunehmen.

- Die grüne Fraktion begrüsst zudem die Verpflichtung des Bundes, für ein Rahmengesetz zur Weiterbildung besorgt zu sein. Weiter gehende Forderungen müssen aus grüner Sicht konsequent weiterverfolgt werden. Gefordert werden unter anderem ein Bundesamt für Bildung, die explizite Verankerung des «Rechts auf Bildung» in der Verfassung sowie ein einheitliches Stipendienwesen.

Abstimmungsparole

Bundesbeschluss über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung

JA

Kantonale Abstimmung vom 21. Mai 2006

Berufs- und Weiterbildung neu regeln

Nino Froelicher, GB-Grossrat, Kriens

Am 21. Mai 06 gelangt im Kanton Luzern auch eine kantonale Vorlage aus dem Bildungsbereich zur Abstimmung. Das Grüne Bündnis empfiehlt ein Ja zum Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung.

Das Gesetz ist eine Anpassung an das 2004 in Kraft getretene Bundesgesetz über die Berufsbildung. Es regelt den Vollzug des Bundesgesetzes und behandelt vorwiegend jene Themen, die im Bundesgesetz oder der Bundesverordnung nicht geregelt sind. Mit diesem Gesetz wird die Reihe der so genannten Bereichsgesetze vervollständigt – je ein eigenes Gesetz für die Volksschulen, Mittelschulen, Hochschulen (alle bereits in Kraft) und eben für die Berufs- und Weiterbildung.

Das neue Gesetz ersetzt das alte Erziehungsgesetz und regelt vom Geltungsbereich her die berufliche Grundbildung, die höhere Berufsbildung sowie die berufsorientierte und allgemeine Weiterbildung für sämtliche Berufsbereiche ausserhalb der Hochschulen.



Wesentliche Neuerungen

Welche Neuerungen bringt das Gesetz?

- Die Berufsbildung wird als gemeinsame Aufgabe der Lehrbetriebe, der Berufsverbände und der Berufsfachschulen verstanden. Es handelt sich um eine so genannte Verbundaufgabe.
- Es werden die Rollen und Aufgaben aller Partner in der Berufsbildung geklärt.

- Die Berufsbildung wird in die übrigen kantonalen Bildungsangebote eingebettet.

- Das 10. Schuljahr, das bisher von den Gemeinden getragen wurde, ist neu Aufgabe des Kantons.

- Der Kanton trägt deshalb auch die Verantwortung für die neuen «Brückenangebote». Darunter versteht man Zwischenlösungen für SchulabgängerInnen, die nicht direkt in eine Berufslehre einsteigen können. Das neue eidgenössische Berufsbildungsgesetz verpflichtet die Kantone, solch eminent wichtige Brückenangebote als eine der Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit bereitzustellen. An der Schnittstelle zwischen obligatorischer Schule und Berufslehre bzw. weiterführender Ausbildung braucht es ein differenziertes Angebot: Schnupper-Anlässe, Praktika, Motivationssemester, Sprachkurse und Berufsorientierungsjahr (10. Schuljahr).

- Das Gesetz schafft eine klare rechtliche Grundlage für die neuen Fachmittelschulen (bisher: Diplommittelschulen).

- Neu wird jede Berufsfachschule von einer Schulleitung geführt, die weit reichende fachliche und finanzielle Kompetenzen hat.

- Für die Berufsbildung gilt neu ein leistungsorientiertes Finanzierungssystem. Künftig werden in der Regel Kopf-Pauschalen (Betrag pro Lernender) ausbezahlt, zum Beispiel an Berufsverbände. Die Höhe der Subventionen des Kantons an die Berufsverbände und andere Partner bleibt in etwa gleich.

Nino Froelicher, der neue GB-Grossrat

Am 14. Februar 2006 legte Nino Froelicher als Nachfolger von Louis Schelbert im Grossen Rat das Gelübde ab. Seinen Einstand hat er bereits mit einem ausgezeichneten Votum zur «verchachelten» Berufsschulstandort-Planung gegeben.

Nino ist 46-jährig und verheiratet mit Silvia Stucki. Mit ihren zwei Kindern Luca (19) und Anna (17) wohnen sie in Kriens. Ursprünglich diplomierter Sozialpädagoge, wechselte er mit der Familiengründung das Berufsfeld und entwickelte sich im Rahmen eines Bundesinventars als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Spezialisten für historische Verkehrswege.

Nach einem Nachdiplomstudium in Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung ist er am Zentrum für Verkehrsgeschichte der Uni Bern Leiter eines umsetzungsorientierten Tourismusprojekts. Nino vertritt unsere Fraktion in der Kommission Erziehung, Bildung und Kultur. Herzlich willkommen!

GB im Pro-Komitee vertreten

Der Grosse Rat hat dem Gesetz mit Ausnahme der SVP deutlich zugestimmt. Das Grüne Bündnis ist im breit abgestützten Komitee «Zukunft braucht Bildung, 2x Ja am 21. Mai 2006» vertreten. Das GB unterstützt die Gesetzesvorlage – dies im Wissen, dass damit nicht alle grünen bildungspolitischen Forderungen umgesetzt sind. Doch setzt die Annahme des Gesetzes ein Signal gegen die Bildungsfeindlichkeit eindimensional denkender Steuersenkungspolitiker und ist sehr zu empfehlen.

Abstimmungsparele

Gesetz über die Berufsbildung
und die Weiterbildung

JA

Projekt «Schulen mit Zukunft»

Luzerner Volksschule auf neuen Wegen

Heinz Bähler-Trinkler, RundBrief-Redaktion, Luzern

Mit dem Projekt «Schulen mit Zukunft», welches am 13. März 2006 an einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, soll die Luzerner Volksschule neue Wege einschlagen. Besonders das Entwicklungsziel «Umgang mit Heterogenität im Unterricht» hat bereits viel zu reden gegeben. Doch was ist unter Heterogenität im Unterricht überhaupt zu verstehen?

Wahrscheinlich denken viele LeserInnen an unterschiedliche Herkunftsorte, kulturelle Vielfalt und verschiedene Sprachen der Kinder innerhalb eines Klassenverbandes. Dies ist die eine Seite von Heterogenität im Unter-

- Nach welchen Kriterien werden die Anforderungen (Ausbildung, Spezialisierung, Anzahl) an zusätzliche Lehrkräfte definiert? Einerseits müssen diese Kriterien in den nächsten Jahren so definiert werden, dass sie für Eltern nachvollziehbar sind – andererseits müssen wir uns bewusst sein, dass eine integrierte Schulung nicht nur zusätzliche Fachlehrkräfte braucht, sondern ebenso die räumlichen Bedingungen erfüllt sein müssen. Beispielsweise müssen für hörbehinderte Kinder die akustischen Voraussetzungen in den Schulzimmern stimmen.

Qualifikation der Lehrpersonen entscheidend

Im Zentrum der Überlegungen steht die Überzeugung, dass Qualität von Schule zuallererst im Unterricht entsteht, dass die Lehrpersonen dafür qualifiziert und unterstützt werden müssen. Lehrpersonen müssen in der Lage sein, den Unterricht förderorientiert zu gestalten, die Leistungen der Lernenden lerndiagnostisch zu interpretieren und davon die entsprechenden Fördermassnahmen abzuleiten. Damit diese Ziele erreicht werden, braucht es eine teamorientierte, die ganze Schule umfassende Unterrichtsentwicklung. Das Beispiel von Buttisholz mit rund 500 SchülerInnen zeigt, dass eine integrierte Förderung der Kinder möglich und durchführbar ist. Noch stehen wir am Anfang der Diskussionen über Umgang mit Heterogenität an unseren Volksschulen. Ich bin überzeugt, dass das neue Konzept ein Schritt in die richtige Richtung ist. **Aber: Die Grundlagen müssen stimmen, und ohne Geld können diese Grundlagen nicht geschaffen werden.**



richt. Die andere Seite: Kinder mit Behinderungen (z. B. mit einer leichten geistigen Behinderung oder einer Hörbehinderung) sollen in Regelklassen unterrichtet werden. Statt wie heute Lernende auszugrenzen, sollen lernschwache mit starken, behinderte mit normal entwickelten SchülerInnen unterrichtet werden.

Umfassende Reform

Die geplanten Schritte liegen als Grobskizzen für weitere Diskussionen vor und haben verschiedene Hintergründe: die Neugestaltung des Finanzausgleichs, das Behindertengleichstellungsgesetz, aber ebenso allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen. In Zukunft sollen Kinder (in möglichst vielen Fällen) nicht mehr in Sonderklassen unterrichtet werden, sondern die individuelle Förderung fände im Klassenverband durch zusätzliche Lehrkräfte statt. Hier stellen sich Fragen, die intensiv diskutiert werden müssen:

- Wie gross kann und soll die Bandbreite (der verschiedenen Behinderungen) in einem Klassenverband sein? Wann ist eine Sonderklasse bzw. -schulung notwendig?



Änderung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes

Die dritte Variante ist die beste

Katharina Meile, GB-Grossrätin, Luzern

Am 21. Mai 2006 stimmen wir über eine Änderung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes ab. Sollen wir gemütlich nach Feierabend shoppen dürfen, während andere für uns länger arbeiten?

Stellen wir uns Folgendes vor: Einkaufen. In unserer Freizeit – nach der Arbeit oder gemütlich am Samstag. Wir. Aber: Wenn wir einkaufen, arbeiten andere: Das Verkaufspersonal bedient im Geschäft, gibt Auskunft und füllt die Regale auf.

Heute gilt: Das Verkaufspersonal arbeitet werktags bis 18.30 Uhr, manchmal im Abendverkauf bis 21.00 Uhr und am Samstag bis 16.00 Uhr. Nach Ladenschluss ist allerdings nicht alle Arbeit getan, dann wird aufgeräumt oder abgerechnet. Und der Feierabend lässt weiter auf sich warten ...



Zwei Varianten

Am 21. Mai legen Regierung und Grosser Rat den Stimmberechtigten zwei Varianten zum Entscheid vor:

Variante 1 schlägt vor, die gesetzlichen Ladenschlusszeiten aufzuheben. Das heisst, die Öffnungszeiten von Montag bis Samstag können von den Geschäftsbesitzern frei bestimmt werden. Nur sonntags muss aufgrund des Sonntagarbeitsverbots geschlossen bleiben. Ausnahmen gibt es hier zum Beispiel für Tankstellenshops, Bahnhofsgeschäfte und Bäckereien.

Variante 2 bedeutet eine Liberalisierung der Ladenschlusszeiten an den Werktagen, jedoch weiterhin mit gesetzlichen Grenzen. Unter der Woche kann bis 20.00 Uhr geöffnet bleiben, am Samstag wird um eine Stunde bis 17.00 Uhr verlängert. Die bisherigen Abendverkäufe fallen damit weg.

Mag verlockend klingen, abends und am Samstag länger einkaufen zu können. Würde sich dadurch jedoch viel ändern? Hätten wir mehr Zeit zum Shoppen? Wäre es ein gemütlicheres Geld-Ausgeben? Wohl kaum. Noch immer würde uns am Samstag kurz vor Ladenschluss einfallen, dass wir den Zopf fürs «Sonntagsmorge» vergessen haben. Und mehr einkaufen würden wir auch nicht. Nur wegen längerer Öffnungszeiten hätten wir kaum mehr Geld zur Verfügung, um mehr zu konsumieren. Obwohl uns die BefürworterInnen der Änderung genau das glauben machen wollen.

Verkaufspersonal müsste länger arbeiten

Die andere Seite der Medaille: Mehr Zeit zum Einkaufen für uns heisst, dass die anderen länger arbeiten müssen. Die Arbeitszeiten des Verkaufspersonals würden unattraktiv, es bliebe weniger Zeit für das gesellschaftliche Leben. Finden Vereinsanlässe, Trainings und Konzerte doch meist abends statt, und ein gemeinsames Essen mit der Familie würde ebenfalls verunmöglicht.

Am 21. Mai 2006 stimmen wir über die verschiedenen Szenarien ab: Wir haben die Wahl zwischen der Variante 1, die unnötig lange Öffnungszeiten bringen würde, und der Variante 2, die eine Kompromisslösung wäre. Die dritte und beste Variante, den Stimmtettel auszufüllen, ist jedoch: 2 x Nein! Damit sagen wir Ja zur bisherigen Regelung.

Abstimmungsparole

Änderung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes:

- A (Variante 1)
- B (Variante 2)
- C (Bei Annahme von A+B)

**NEIN
NEIN
Variante 2**



Wechsel vom Grossen Rat in den Nationalrat

Hartnäckigkeit und eine klare Linie

Adrian Borgula, GB-Grossrat, Luzern

Mit Louis Schelbert verlieren die GB-Fraktion und der Grosse Rat zweifellos ein politisches Schwergewicht. Louis hat im Ratsgeschehen der letzten Jahren deutliche Spuren hinterlassen. Die Gewissheit, dass mit ihm als Nachfolger von Cécile Bühlmann der Kanton Luzern von grüner Seite her nach wie vor hervorragend vertreten ist, macht es der Fraktion leicht, ihn nach Bern «ziehen zu lassen».

Mit achtjähriger Parlaments Erfahrung als POCH-Grossstadtrat wurde Louis 1991 ins Kantonsparlament gewählt. Von 1995–2000 war er Fraktionspräsident. Als «Fraktionschpänli» kenne ich Louis seit elf Jahren. Zu seinen grossen Stärken in der politischen Arbeit zählen seine Vielseitigkeit und breite Dossierkenntnis, ergänzt durch ein hervorragendes «politisches Gedächtnis».

Politische Schwerpunkte

Wenn in dieser Breite überhaupt Schwerpunkte auszumachen sind, dann am ehesten bei Demokratie und Parlamentsrechten, in Sozial-, Wirtschafts-, Umwelt- und Verkehrspolitik und schliesslich in der Bildungspolitik. Besonders stark engagiert(e) sich Louis für den Ausbau der Volks- und Parlamentsrechte – als jüngstes Beispiel ist hier die Initiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen» zu nennen.

Louis' verschiedener Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist geprägt vom Grundgedanken, dass sich die Stärke einer Gesellschaft im Umgang mit den Schwächeren ausdrückt. Wirtschaftspolitisch setzt er einen Schwerpunkt bei den Rechten der ArbeitnehmerInnen und bei einer regional und besonders auch in Randgebieten gut abgestützten, nachhaltig produzierenden Wirtschaft. Aus dem Holzförderungsartikel im Waldgesetz, für den sich Louis sowohl aus wirtschafts- wie umweltpolitischen Anliegen eingesetzt hatte, erwuchs auf seine Initiative hin die «Plattform Holz», wo verschiedene AkteurInnen aus der ganzen Holzkette gemeinsame Projekte lancieren – eine Meisterleistung für einen grünen Ge-

werkschafter in einem eher konservativ-ländlich geprägten Umfeld!

Von den GegnerInnen respektiert

Mit seiner Hartnäckigkeit und klaren Linie, seiner politischen Schlagfertigkeit und seinen oft brillanten Reden verschuf sich Louis viel Respekt und Akzeptanz – auch bei den politischen GegnerInnen. Dies führte u.a. zur Berufung in nicht parlamentarische Gremien wie die ständige Wirtschaftskonferenz der Regierung, den KKL-Stiftungsrat und den Fachhochschulrat.

Was ich in der Fraktionsarbeit immer geschätzt habe, waren Louis' Hilfsbereitschaft und Unterstützung gerade für neue Fraktionsmitglieder und seine Fähigkeit, wichtige Themen frühzeitig zu erkennen. Es ist sein Bestreben, sich im derzeit rauen politischen Klima nicht nur auf Protest und Abwehr zu beschränken, sondern sich immer zu überlegen, wie die Kritik mit einer konstruktiven politischen Forderung umgesetzt werden kann. Mit seiner Offenheit und Genauigkeit trug Louis viel zum guten Diskussionsklima innerhalb der Frak-



tion bei. Er ist ein guter Ideengeber und hat unsere «Fraktionskultur» stark mitgeprägt, die Kultur einer vifen und immer gut vorbereiteten Fraktion, die viel Anerkennung und Glaubwürdigkeit geniesst.



Lieber Louis, im Namen der Grossratsfraktion danke ich dir ganz herzlich für deinen Einsatz!

Nationalrat Erste Eindrücke aus Bern

Interview von Michael Töngi, GB-Co-Präsident, Kriens

Am 6. März 2006 wurde Nationalrat Louis Schelbert vereidigt. Ein Interview über dicke Pakete, grüne BundesrätInnen und hohe UEFA-Gewinne.

Im Februar hattest du die letzte Session im Grossen Rat, im März die erste im Nationalrat. Was sind für dich die augenfälligsten Unterschiede?

Louis Schelbert: Zuerst einmal die Anreise – und dass bis zu 246 ParlamentarierInnen im Saal sind. Die Traktandenliste ist ein halbes Buch, und manche Unterlagen zu einzelnen Traktanden sind Bücher im Umfang von bis zu 250 Seiten. Die Fülle an Themen war schon im Grossen Rat gross, doch ist der Blickwinkel in Bern ein anderer, und vieles steht in einem anderen Zusammenhang.

Wie geht man mit diesen Büchern um?

Als Grossrat hatte ich manchmal ein ungutes Gefühl, wenn es nicht möglich war, jede einzelne Botschaft zu lesen. Im Nationalrat ist dies von vornherein undenkbar: Vor der Vereidigung brachte die Post eine ganze Schachtel voll mit Unterlagen für die erste Session. Da bleibt nichts anderes übrig als die Spezialisierung. Das ist neu, aber das macht die Aufgabe spannend, ich mache sie gerne, und es gibt noch einiges zu lernen.

Was konkret?

Zum Beispiel die Abläufe. So sind zum Beispiel die Kommissionen anders organisiert,

und es werden im Gegensatz zum Grossen Rat auch persönliche Vorstösse wie parlamentarische Initiativen in den Kommissionen behandelt. Im Nationalrat wirkt alles noch professioneller, das Amt ist anspruchsvoller und erfordert viel mehr Aufwand.

Was kam dir vom Grossen Rat her bekannt vor?

An meiner ersten Kommissionssitzung wurde die Frage der neuen Bundespensionskasse «Publica» behandelt und ein Gesetz für eine neue Sozialversicherungsnummer. Die Behandlung in der Kommission lief gleich ab wie im Grossen Rat, auch dort ist in den Kommissionen eine grosse Ernsthaftigkeit spürbar. Anders war an dieser Sitzung, dass der zuständige Bundesrat vier bis fünf Fachleute aus der Verwaltung mitnahm.

Am 6. März hast du angefangen, wie war deine Ankunft in Bern?

Ich wurde in der Fraktion sehr gut aufgenommen – wie auch von den Ratskollegen aus dem Kanton Luzern. Der Umgang im Parlament ist anständig und freundlich.

Im Grossen Rat ist die Übermacht der Bürgerlichen gegenüber den Linken überdeutlich. In Bern ist sie nicht ganz so krass. Ist das spürbar?

Im Nationalrat wird sehr diszipliniert nach Fraktionen abgestimmt, es gibt wenig AbweichlerInnen. Es ist klar, dass es da auf die Haltung der FDP und CVP ankommt. Ein gutes Beispiel war die CO₂-Abgabe, die von der CVP unterstützt wurde, was dann zu einem knappen Sieg verhalf – leider ist damit die Abgabe noch nicht eingeführt. Das Geschäft muss noch durch den Ständerat.

Das Nationalratsmandat bedeutet einen massiven Mehraufwand, wie hast du dich organisiert, damit er bewältigbar ist?

Beim Gewerkschaftsbund werde ich ab Mai im administrativen Bereich entlastet, und dazu fällt mit dem Rücktritt aus dem Grossen Rat diese Ratsarbeit weg. So sollte ich genügend Zeit für das neue Mandat haben. Zu Hause haben wir die Situation diskutiert. Bisher haben meine Lebenspartnerin Monika und ich die Arbeit weit gehend geteilt. Das wird so nicht mehr möglich sein.



Welches waren für dich die politischen Schwerpunkte deiner ersten Session in Bern?

Aus grüner Sicht war das Raumplanungs-gesetz sehr wichtig. Hier gibt es zwar eine Verbesserung, indem die Energiegewinnung aus der Biomasse erleichtert wird, doch gleichzeitig wird die Landwirtschaftszone praktisch vollkommen fürs Gewerbe geöffnet und damit die Unterscheidung zwischen Bau- und Landwirtschaftszone weiter durchlöchert. Interessant war natürlich auch die CO₂-Abgabe und für mich als Fussballfreund die Euro 08. Die Grünen haben mit gutem Grund die Kredite abgelehnt: Die UEFA wird 1000 bis 1500 Millionen Franken Gewinn machen, und die Schweiz soll 100 Millionen Franken für die Organisation und Sicherheit aufwenden – das geht nicht auf.

Hast du dir bereits Ziele gesetzt?

Ich habe in der ersten Session zugehört, die Fraktion funktioniert bereits seit mehr als zwei Jahren, und ich will mich gut integrieren können. Gleichzeitig habe ich einige Ideen mit anderen NationalrätInnen aus der Fraktion abgesprochen. So habe ich einen Vorstoss eingereicht mit dem Inhalt der kantonalen Initiative «Weg vom Öl», um die Initiative zu unterstützen, dann möchte ich einen Vorstoss zum Steuersystem machen und dort das Modell Zehnder vorschlagen – wie es die Grossratsfraktion im Kanton Luzern schon getan hat. Weiter sehe ich im Bereich der Sozialversicherungen Koordinationsbedarf.

Aktuell diskutieren die Grünen über eine Bundesratsbeteiligung. Was ist deine Meinung?

Wenn eine Partei politische Ziele erreichen will, so geht dies nur mit Macht. Und viel Macht liegt nun mal beim Bundesrat. Deshalb muss es ein Ziel sein, in diesem Gremium mitzuwirken. Dass man die Frage von einer Abwahl von Bundesrat Blocher abhängig macht, finde ich unnötig.

Weshalb?

Warum sollte er unser Massstab sein? Wir müssen uns selber im Klaren sein, wer wir sind und was wir wollen – und dies müssen wir selber definieren.

Aber wozu in den Bundesrat, wenn die Mehrheitsverhältnisse so klar sind?

Keine Partei ist in der Mehrheit, alle brauchen Bündnispartner, um ihre Interessen durchzusetzen. Vor dieser Frage stehen nicht nur wir Grünen, sondern auch die anderen Parteien.

Die Bundesratsbeteiligung wurde nicht zuletzt durch die sensationellen Wahlergebnisse im Waadtland zum Thema, hatte das stimmungsmässige Auswirkungen auf die Session?

In der Fraktion war die Freude schon etwas euphorisch. Wir Grünen schnitten auch in Zürich sehr gut ab. Ich hoffe sehr, dieser Trend helfe mit, dass wir uns in einem Jahr im Kanton stark verbessern und dann im Herbst auch das grüne Luzerner Mandat bei den Nationalratswahlen verteidigen.

Lieber Louis, herzlichen Dank für das Interview und ganz viel Erfolg und Freude im Nationalrat!



M V ■

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Mietprobleme | Einzug-Auszug | Wohnungsabnahmen
Mängel in der Wohnung | Mietzins-Check | Literatur**

Werden Sie Mitglied! Wir unterstützen und beraten Sie!

Telefon 041 220 10 22

www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g !

Das Aggloprogramm aus der Sicht des GB-Stadtrats

Kritische Fragen an Ruedi Meier

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Das Agglomerationsprogramm steht für die Verkehrsplanung des Kantons Luzern bis 2020. Am meisten Mittel sind darin für den Ausbau des Strassennetzes vorgesehen, wobei der Kanton die Meinung vertritt, der Bau von Strassen schaffe den notwendigen Raum zur Förderung des ÖV. Die GB-Fraktion kritisiert das Agglomerationsprogramm heftig und lehnte die Strassenbauvorhaben einstimmig ab. Der Luzerner Stadtrat jedoch hält das Agglomerationsprogramm für «notwendig, finanzierbar und ausgewogen». Ist diese Haltung mit grüner Politik vereinbar? Stadtrat Ruedi Meier (GB) nimmt dazu Stellung.



Natalie Kamber: Ruedi, wie stehst du grundsätzlich zum Agglomerationsprogramm?

Ruedi Meier: Gewisse Elemente wie der S-Bahn-Ausbau, die Erweiterung der Bahnhofzufahrt, die Massnahmen zur Verkehrssteuerung und für den Langsamverkehr liegen mir sehr nahe. Andere Projekte (gewisse Strassen) akzeptiere ich als Möglichkeit, den MIV zu verlagern und die Stadt zu entlasten. Allerdings musste ich da schon über meinen Schatten springen.

Der Kanton propagiert, mit dem Aus- und Neubau von Strassen schaffe man den notwendigen Raum für den ÖV. Ist das nicht der falsche Weg, dem ÖV freie Fahrt zu verschaffen?

Es ist dann nicht der falsche Weg, wenn die frei gewordenen Räume konsequent für den ÖV und den Langsamverkehr reserviert wer-

den. Zudem müssen die betroffenen Stadtquartiere und die Innenstadt mit baulichen Massnahmen beruhigt und aufgewertet werden. Es geht hier um einen tief greifenden Stadtumbau. Freie Fahrt für den Langsamverkehr und ÖV nur über MIV-einschränkende und -steuernde Massnahmen erachte ich als politisch nicht realisierbar und ökonomisch nicht wünschbar. Was die Grossprojekte betrifft, so kommen diese zur Volksabstimmung.

Teil des Agglomerationsprogrammes ist der Autobahn-Bypass. Dessen Kosten steigen bei jeder Neuberechnung. Hältst du den Bypass für notwendig?

Der Bypass war im so genannten Letter of Intent enthalten,

der noch vor meiner Zeit im Stadtrat unterzeichnet worden ist. Ob mit oder ohne Bypass – ich erachte es als richtig, dass mehr MIV über die Autobahn und weniger durch die Stadt geleitet wird. Allerdings ist die Belastung des Sonnenbergs und Reussports heute schon gross. Ein Bypass kann dann einen Nutzen erzielen, wenn die betroffenen Teile der Agglomerationsgemeinden, die städtischen Aussenquartiere und die Innenstadt konsequent verkehrsberuhigt und städtebaulich entwickelt werden. Wenn aber die Kosten derart hoch sind, muss über Alternativen ohne Bypass nachgedacht werden. Auch der Durchgangsbahnhof, der Luzern einen grossen Nutzen bringen würde, musste aus Kostengründen fallen gelassen werden.

Warum fehlen im Aggloprogramm wichtige grüne Anliegen wie der Schienenanschluss von Kriens und die Stadtbahn?

Die Diskussionen der letzten Zeit um den Schienenanschluss von Kriens sind gleichzusetzen mit der Stadt- oder Trambahn-Diskussion. Was den Schienenanschluss von Kriens betrifft, so gab es verschiedene Vorschläge für die Linienführung. Am meisten Nutzen verspricht die Variante auf der bzw. entlang der bestehenden Hauptstrasse (Hauptbahnhof-Obergrund-Kriens), eine eigentliche Strassenbahn also. Für mich sind wo immer möglich



durchgehende Busspuren zentral. Dieser Strassenraum ist durchaus auch von einer Strassenbahn zu gebrauchen. Statt wie in Zukunft Doppelgelenktrolleybusse könnten hier Schienenfahrzeuge verkehren. Vor diesem Hintergrund ist die Stadtbahn nach Kriens mit dem Aggloprogramm machbar.

Du bist Mitglied der städtischen Exekutive und damit Teil einer Behörde, die sich an das Kollegialitätsprinzip hält. In der Exekutive, aber angepasst – ist dieser Vorwurf berechtigt?

Mein grundsätzliches Denken und Fühlen hat sich nicht angepasst, aber die Perspektive eines Exekutivmitglieds ist eine andere als die einer Fachorganisation oder eines Parlamentsmitglieds. Kollegialität am Arbeitsplatz finde ich grundsätzlich wichtig, ebenso ein Grundvertrauen. Trotz Loyalität muss es möglich sein, sein persönliches Profil zu zeigen. Aus meiner Sicht habe ich das wiederholt getan. Ich weiss um die Gefahr, dass Strassenflächen vom MIV konsumiert werden, ohne dass Umlagerungs- und Beruhigungseffekte erzielt



werden. Solche Umlagerungen sind jedoch absolut notwendig. Wenn die Kosten mehr und mehr in unermessliche Höhen steigen, wird die Suche nach finanzierbaren und ökologisch verantwortbaren Alternativen zwingend. Da liegen mir der ÖV-Ausbau und andere Massnahmen besonders am Herzen. Der MIV müsste über Massnahmen der Verkehrssteuerung besser bewältigt werden.

Ruedi, vielen Dank für das Gespräch.



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsöfen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE|NETZ
Bau und Energie

BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch

ARLECCHINO

CAFETERIA & GALERIE

Habsburgerstr. 23
6003 Luzern
Tel 041 210 64 41
Mo-Fr 6.30 - 20.00
Sa 7.00 - 18.00
So 9.00 - ca. 17.00

s t a t t k i n o

ab 27. April
DIE SIEBEN SAMURAI und **YOJIMBO**
von Akira Kurosawa

ab 1. Mai
LE SOLEIL ORANGE
von Piotr Jaxa

ab 4. Mai
WHITE TERROR
von Daniel Schweizer

ab 18. Mai
AKAHIGE-ROTBART
und **HIGH AND LOW**
von Akira Kurosawa

ab 14. Mai
HEROES NEVER DIE von Jan Arnold

ab 24. Mai
PINKPANORAMA 2006

ab 1. Juni
LE TEMPS QUI RESTE von François Ozon

ab 15. Juni
THE BOW
von Kim Ki-Duk

ab 29. Juni
KILOMÈTRES ZÉRO
von Hiner Saleem

ab 6. Juli
THE WAYWARD CLOUD
von Tsai Ming-Liang

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN
Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm - www.stattkino.ch

Städtisches «Entlastungsprogramm» Umverteilung nach oben

Hans Stutz, Grossstadtrat, Luzern

Drei Viertel der Stadtluzerner SteuerzahlerInnen verfügen über ein steuerbares Einkommen von weniger als 67'000 Franken (Stand 2003). Diese SteuerzahlerInnen werden Einbussen erleiden durch die Massnahmen, die der Stadtrat in seinem Entlastungsprogramm beschlossen hat.

Vorgeschichte: Im November 2004 wollte die bürgerliche Mehrheit des Stadtparlaments der Stadt per 2007 eine Steuerfussreduktion verordnen. Dies zwang die Stadtregierung dazu, Anfang 2005 eine Begleitkommission «Entlastungs- und Überprüfungsprogramm» einzusetzen, in der auch die GB/JG-Fraktion vertreten war. Während der Kommissionsarbeit wurden auch die Änderungen in der kantonalen Steuerpolitik bekannt, die der Stadt bis 2010 Steuereinsparungen von rund 30 Millionen Franken jährlich einbrocken werden.

Am 10. April 2006 hat der Stadtrat seine Vorschläge präsentiert. Sie sollen Einsparungen von weiteren rund 16 Millionen bringen, dies nachdem bereits das Budget 2006 um mehrere Millionen gekürzt wurde – unter anderem durch Zurücknehmen eines vereinbarten Lohnanstiegs beim städtischen Personal (2 Millionen). Einige dieser Vorschläge kann die GB/JG-Fraktion mittragen. So die Aufhebung der Polizei-Tauchergruppe Biber oder die Erhöhung der Verkehrssicherheit durch die Installation von zwei neuen

Überwachungskameras (gleich höhere Busseinnahmen). Die Fraktion hat auch nichts dagegen, dass die vbl AG ab 2007 jährlich eine Dividende von 950'000 Franken abliefern soll.

Sparen bei der Bildung

Insgesamt wird die Stadt rund fünfzig Stellen abbauen, zwar ohne Entlassungen, aber eben: Die Stadt lässt Arbeitsplätze verschwinden. Gravierend sind die Massnahmen im Bildungsbereich. Ab Schuljahr 2008 sollen die Klassengrössen merklich erhöht werden, so von 16 auf 18,1 im Kindergarten, von 19,7 auf 20,6 in der Primarschule, von 20,4 auf 22,4 auf den Sekundarstufe-Niveaus A und B und von 17,1 auf 17,7 auf dem Niveau C.

Unsoziale Erhöhung des Schulgeldes

Stossend und unsozial ist die Erhöhung des Schulgeldes der Musikschule: Dieses wird bereits im kommenden Schuljahr von 810 auf 860 Franken pro SchülerIn steigen und soll 2008 und 2010 nochmals steigen (um rund 15 Prozent), sodass Eltern ab dem Jahr 2010 rund 1000 Franken pro SchülerIn hinblättern müssen. Eine solche Gebührenerhöhung trifft besonders jene Eltern, die – wie die überwiegende Mehrheit – nur ein steuerbares Einkommen von unter 80'000 Franken versteuern: Die Steuerreduktion ist gering, die Erhöhung der Gebühren viel höher.

Fazit

Was die Bürgerlichen «Entlastung» nennen, ist Verknappung oder Abbau staatlicher Tätigkeit. Die städtische GB/JG-Fraktion hat in ihrem Positionspapier «Luzern zum Leben gern» dargestellt, wie sie sich eine soziale, ökologische und nachhaltig wirtschaftende Stadt Luzern vorstellt. Das Positionspapier ist beim GB-Sekretariat erhältlich oder kann im Internet heruntergeladen werden (www.gruene-luzern.ch/docs/luzernzumlebensgern.pdf).



Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.

Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch

Grünes Winterpalaver über eine bessere Welt

Ist Politik out?

Hans-Peter Hug, Mitglied städtischer Vorstand, Luzern

Das hätte die Vorbereitungsgruppe nicht erwartet. Zwanzig Stühle stellt sie am 9. Januar 2006 für das Winterpalaver bereit – nochmals so viele muss sie dazustellen. Der Kreis der ZuhörerInnen wächst und wächst. Ist Politik out? Das Thema interessiert, lockt Grüne jeglichen Alters in die Boa. Nein – Politik ist nicht out, weder bei den jungen noch bei den gestandenen Grünen. Wo aber steht die grüne Bewegung? Wo stehen die bewegten Grünen?

Die schlechte Nachricht zuerst: Die Grünen haben es nicht geschafft, die Welt besser zu machen. Die gute Nachricht dazu: Trotzdem kann es Freude und Sinn machen, über eine bessere Welt zu palavern – und sich dafür einzusetzen. Renata Meile zum Beispiel, POCH-Frau der ersten Stunde, von 1979 bis 1986 Einwohnerin in Littau, 1979 bis 1989 Grossrätin, auch heute politisch interessiert wie eh und je. Ihr waren und sind die Menschen wichtig.

Renata erzählt, wie sie sich zu Beginn der Siebzigerjahre frühmorgens vor den Werk-toren der «Viscosi» in Emmenbrücke für die Initiative einer staatlichen Volkspension enga-gierte. Trotz Abstimmungsniederlage ein be-reicherndes Engagement. Korintha Bärtsch, Vertreterin der Jungen Grünen im Stadtparla-ment, hat einfach Lust auf Politik, will sich für Veränderungen einsetzen. Und auch ihr sind die Menschen wichtig, wenn es zum Bei-spiel darum geht, für die Boa eine Übergangs-lösung zu finden (vergleiche letzte Sitzung des Grossen Stadtrats).

Die Palaverrunde ist sich einig: Menschlich-keit, das heisst, an den Menschen zu glauben, ist eine wesentliche Antriebskraft grüner Poli-tik. Es gilt das Fundament der Menschenrechte, das die Werte für eine bessere Welt bildet. Und wie sieht eine bessere Welt aus? Gerecht muss sie sein. So einfach ist das und eben doch so schwierig zu erreichen. Renata sieht keine neuen Modelle, ihr fehlen klare Vorstel-lungen, wie heute die Welt besser werden könnte. Aber ist nicht nur schon das Nach-denken darüber ein Schritt, wenn auch nur ein kleiner? Und kleine Schritte tun heisst eben auch: Denken und handeln, lokal und global; sich stemmen gegen die unmenschli-che Revision sowohl des Asyl- wie auch des

Ausländergesetzes; sich einsetzen für die Ziele internationaler Basisbewegungen.

War es früher einfacher?

War das früher – zu POCH-Zeiten – einfacher? Ja, unbedingt, die POCH, das war noch eine Bewegung, die Grünen sind heute leider eine ganz normale Partei. Nicht nur die Illusionen, auch die klaren Konzepte sind weg. – Aber nein, es war überhaupt nicht einfacher. Kalter Krieg und ideologisches Bunkerdenken mach-ten den Bewegten das Leben schwer, garan-tierten aber auch ideologisch klare Fronten. Die Inhalte – eine gerechtere Welt – sind im-mer noch die gleichen, und die Grünen zeigen bis heute immer wieder, dass Politik lustvoll sein kann.

Die vielfältigen gesellschaftlichen und poli-tischen Wandlungen haben die Welt nicht einfacher, auch nicht unbedingt schwieri-ger, aber einfach anders gemacht. Die Grü-nen wollen für eine gerechtere Welt kämp-fen. Dass der Weg dazu Anlass für grund-sätzliches Nachdenken über politisches Engagement ist, zeugt nicht von Ratlosig-keit, sondern von Wagemut und Offenheit. Und mindestens eine Voraussetzung ist in den letzten Jahren besser geworden: Die Grü-nen waren in der Stadt Luzern noch nie so stark wie heute, dank vielen engagierten Men-schen.

Das Frühlingspalaver findet am 8. Mai 2006 statt (siehe Veranstaltungshinweise).



R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70



Grünes Bündnis Emmen

Neues Mitglied der Schulpflege

Luzius Hafen, GB-Einwohnerrat, Emmen

Mit 34 von 38 möglichen Stimmen ist Arnold Wyrsh an der Einwohnerratssitzung vom 14. März 2006 in die Schulpflege Emmen gewählt worden. Er war gemeinsamer Kandidat von GB und SP. Noldi löst die SP-Frau Isabelle Bally ab, die nach unlöslichen Differenzen innerhalb der Schulpflege das Amt niedergelegt hat.

Noldi tritt nicht nur wegen dieser internen Meinungsverschiedenheiten ein schwieriges Amt an. Die Emmer Schulpflege leidet seit der Umstrukturierung an einer Existenzkrise und

hängt als Gremium ziemlich in der Luft zwischen Kanton, Gemeinderat, Einwohnerrat und Lehrerschaft. Noldi ist in dieser Situation ein Glücksfall, bringt er doch beste Voraussetzungen mit, im Team wichtige Impulse für eine Schulpflege mit Zukunft zu setzen.

Kurzer Lebenslauf

Arnold Wyrsh-Schwander wurde 1952 in Kägiswil OW geboren. Er besuchte das Lehrerseminar und unterrichtete auf verschiedenen Stufen. Als Werkstudent studierte er Pädagogik, Psychologie und Rechtswissenschaft an der Universität Zürich. 1981 trat er in der Erziehungsdirektion Nidwalden eine Stelle als pädagogischer Mitarbeiter und Departementssekretär an, 1986 wechselte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Zentralschweizer-

rischen Beratungsdienst für Schulfragen. Dort war er unter anderem beteiligt an der Konzeptentwicklung für Heilpädagogik, Frühfranzösisch und integrierte Naturlehre.

Seit 1992 arbeitet Noldi als Dozent an der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung für die Sekundarstufe 1 im Kanton Aargau. Diese ist seit Anfang Jahr in die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) integriert. Noldi wohnt seit 1995 in Emmenbrücke und hat zwei Söhne im schulpflichtigen Alter.

Beweggründe

In einem kurzen Text legt Noldi seine Beweggründe dar: «Dass die Bildung der einzige Rohstoff

in der Schweiz sei, ist ein altes Schlagwort. Die Schule soll entsprechend ein wichtiges Thema in der Öffentlichkeit sein. Wegen der knappen werdenden finanziellen Ressourcen und den Veränderungen der Wirkungsbereiche von Gremien (Einrichten von Schulleitungen, Diskussionen der Gemeindeorganisation und von Fusionen) ist es wichtig, die entsprechenden Organe im Interesse der Bildung gut zu positionieren. Ich will mich dafür einsetzen, dass die Funktion der Schulpflege oder von allfälligen Nachfolgegremien möglichst optimal zu Gunsten der Bildung wirksam wird.» Wir gratulieren Noldi ganz herzlich zur Wahl und wünschen ihm viel Durchhaltevermögen und Erfolg.



Die mag mich!

www.xundheit.ch



Xundheit
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77

Gemeindeversammlung Willisau

Sonderkredit für Gulp abgelehnt

GB Willisau

Am 13. Februar 06 fand in Willisau eine Gemeindeversammlung statt, an der das Grüne Bündnis für Aufsehen sorgte. Thema der Versammlung war die Gulp, die ehemalige landwirtschaftliche Schule. Sie soll abgerissen und das Grundstück einer neuen Nutzung zugeführt werden. Nachdem GB-ExponentInnen und andere RednerInnen gegen den Sonderkredit zur Gulp-Erschliessung Stellung bezogen hatten, lehnte die Versammlung den Sonderkredit ab.

In seiner Medienmitteilung schreibt das GB Willisau: Es erscheint uns wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, dass aufgrund der Stellungnahmen an der Gemeindeversammlung die Ablehnung des Sonderkredits vorwiegend als Opposition gegen den Gestaltungsplan und den Abriss der ehemaligen landwirtschaftlichen Schule zu verstehen ist. Deshalb fordert das GB Willisau, dass die zukünftige Verwendung des Grundstücks und der ehemaligen landwirtschaftlichen Schule von einer dafür eingesetzten Kommission neu erarbeitet wird.

Es soll eine Lösung entstehen, die dank innovativer Umsetzung eine überregionale Ausstrahlung hat. So soll die Kommission Massstäbe für eine effiziente Energienutzung sowie für alternative Baumaterialien bei Um- und Neubauten setzen. Dem Holz ist dabei aus regionalwirtschaftlichen und nachhaltigen Gründen eine besondere Rolle einzuräumen.

Die Gulp soll primär öffentlichen Anliegen wie der Nutzung durch die Kultur oder durch die Heilpädagogische Schule zugeführt werden, im Weiteren soll bei allfälligem Wohnungsbau ein Nutzungskonzept entstehen, das auf Familien ausgerichtet ist.

Breit abgestützte Kommission gefordert

Damit die Ergebnisse der Kommission «Verwendung des Grundstücks und der ehemaligen landwirtschaftlichen Schule Gulp» bei der Bevölkerung grosse Unterstützung finden, fordern wir, dass durch eine breit abgestützte Kommission neue Lösungen erarbeitet und diese als Alternative zum Projekt des Stadtrates der Gemeindeversammlung vorgestellt werden.

Wir fordern, dass über die Kommission «Verwendung des Grundstücks und der ehemaligen landwirtschaftlichen Schule Gulp» an der Gemeindeversammlung vom 8. Mai 2006 beschlossen wird.

«Bergrennen» Altbüren Lärmig, lästig, Umwelt-unverträglich

An seiner Parteiversammlung hat das Grüne Bündnis Willisau und Umgebung wichtige Themen behandelt. Mit Befremden und Unverständnis nimmt es die Unterstützung von Auto- und Motorradrennen durch den Grossen Rat zur Kenntnis. Somit wird es möglich, dass diesen Sommer in Altbüren erneut ein so genanntes «Bergrennen» für historische Sport- und Rennwagen ausgetragen wird. Gemeindeammann Edwin Bütikofer und die Organisatoren haben wohl Recht, dass das Rennen «Altbüren und die Region über die Kantonsgrenzen hinaus bekannt macht». Das Grüne Bündnis fragt sich, zu welchem Preis. Die Tourismusverantwortlichen unserer Region werben mit der weitgehend intakten Landschaft – unter dem Motto «Zurück zur Natur». Ein nachhaltiger Tourismus wird angestrebt, in dem der Gast «in erster Linie Erholung und Erlebnisse in der Natur» sucht (nicht auf Asphalt). Es gibt die Idee eines Naturparks im Luzerner Hinterland. Darüber hinaus führt die Strecke des Altbürer Rennens durch eine Grundwasserschutzzone, was zeigt, wie fragwürdig und respektlos dieser Anlass ist.

In seinem Prospekt «Altbüren liebenswert lebenswert» wirbt die aufstrebende Gemeinde mit ihren Wanderungen, «historischen Wegabschnitten, den Wässermatten, dem besonderen Reichtum an Fauna und Flora». Wenn das kein Widerspruch erster Güte ist. Das Grüne Bündnis stellt sich klar gegen den Prestigeanlass «Bergrennen» einer kleinen Gruppe in einem sehr schönen und schützenswerten Gebiet des Luzerner Hinterlandes.

Learn English

www.english-on-dartmoor.com

in einem Landhaus in Devon

**Eintauchen in die Sprache
und in die Landschaft**

Vielseitige Kurse

von Febr.- Nov. 2006

Kursdauer 2 bis 4 Wochen

Das Essen ist vegetarisch

Das Mindestalter: 28 Jahre

Aktuell:

Open English Courses

Für das Jahr 2006

Tinavor Summer English Course

9. bis 29. Juli 2006

Auskünfte und Anmeldungen bei

Lynn Rawlinson

info@english-on-dartmoor.com

Telefon: 0044 1364 73117

Landrover, Landcruiser und Co. Kampf den Kampfwagen

Christian Sager, Vorstand junge gruene, Luzern

Die gute Nachricht zuerst: Der Frühling ist da. Die schlechte: Diejenigen, welche für ihre Geländewagen keine Winterpneus anzuschaffen vermochten, sind jetzt wieder mit ihren Ungetümen unterwegs. Die Jungen Grünen unterbreiten hiermit der offiziellen Schweiz einen Vorschlag: Anstatt immer nur Ausländer und Asylbewerberinnen zu jagen, sagen wir doch endlich den SUVs (Sports Utility Vehicles) den Kampf an! Geländewagen wurden ursprünglich für den militärischen Einsatz konzipiert und später als «Arbeitstiere» für zahlreiche zivile Zwecke nutzbar gemacht. Dass Landrover, Landcruiser und Co. der Gesellschaft unzählige

weile Supersportwagen in Geländewagenform. Diese Fahrzeuge verfügen über ein enormes Gewicht, welches sie mit einer nicht minder gigantischen Motorenleistung auf atemberaubende Geschwindigkeiten beschleunigen können. Dass diese zweckentfremdeten Kampfwagen dabei Unmengen an Benzin schlucken, ist keine Neuheit mehr. Ebenfalls ist unbestritten, dass diese Wagen keinen praktischen Nutzen haben: Für Arbeitseinsätze sind sie zu schön und zu teuer. Es sind die Beförderungsmittel einer städtischen Oberschicht – mit ihnen fährt man zum Sport und zum Einkauf.

Gemeingefahr

Eine kriminologische Studie der Universität Lausanne hat kürzlich ans Tageslicht gebracht, dass die LenkerInnen von Geländewagen überdurchschnittlich oft massive Geschwindigkeitsüberschreitungen begehen. Die Wagen vermitteln mit ihrem enormen Gewicht, dem Allradantrieb und den diversen elektronischen Stabilitätsprogrammen ein trügerisches Gefühl von Sicherheit. Dabei geht oft vergessen, dass auch ein SUV nur mit vier Rädern bremsst. Und 2,5 Tonnen bei einer Geschwindigkeit von 150 km/h sind nochmals eine ganz andere Gefahr für die übrigen Verkehrsteilnehmer als ein «normaler» Raser. Studien des VCS und des TCS belegen, dass ein Aufprall eines SUV auf einen Fussgänger schon bei tiefen Geschwindigkeiten zu massiven Verletzungen des Opfers führt, dies wegen der kantigen Formen der Fahrzeuge und weil LenkerInnen von Geländewagen wegen der besonders teuren Pneus oft bloss mit Ganzjahresreifen unterwegs sind, die ein deutlich schlechteres Bremsverhalten aufweisen als Winterpneus.

500 Tote jedes Jahr

In der Schweiz sterben jährlich noch immer über 500 Menschen im Strassenverkehr, darunter viele Kinder. Autos generell, Raser im Besonderen und rasende Geländewagen ganz speziell sind eine weitaus grössere Gefahr für unsere Kinder als Kampfhunde. Was muss noch geschehen, bis wir diesen mit der gehörigen Rigorosität den Kampf ansagen?

Weitere Informationen: www.suvinfo.org.



Dienste erwiesen und auch weiterhin erweisen werden, dagegen haben auch die Jungen Grünen nichts einzuwenden.

Pervertierung des Geländewagens

Was uns allerdings nachdenklich stimmt, ist die zunehmende Pervertierung des Geländewagens. Zahlreiche Hersteller bauen mittler-



Oeko-Hotel Gruebismalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebismalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch

Einladung zur kantonalen GV Dieses Jahr in Oberkirch

Sekretariat Grünes Bündnis Luzern

Die GV 2006 findet am Dienstag, 9. Mai, im Restaurant Hirschen in Oberkirch bei Sursee statt. Wir treffen uns um 19.00 Uhr zum Apéro, die eigentliche GV beginnt um 20.00 Uhr.

Der Neuanfang im Wahlkreis Sursee ist es uns wert, die GV 2006 in Oberkirch bei Sursee abzuhalten. Nach den letzten Grossratswahlen hat der kantonale Vorstand im Raum Sursee begonnen, Kontakte zu knüpfen und Leute zu motivieren – mit dem Erfolg, dass nun eine kleine Kerngruppe besteht, die sich vornehmlich mit der Surseer Ortspolitik befasst.

Thema der GV wird nebst den statutarischen Geschäften die Idee sein, das Grüne Bündnis Luzern in «Grüne Luzern» umzubenennen und das Erscheinungsbild der Grünen Schweiz zu übernehmen.

Das Restaurant Hirschen ist zwei Minuten vom Bahnhof Oberkirch entfernt. Wer zum Apéro kommt, nehme den Zug ab Luzern um 18.18 Uhr (Gleis 2), Ankunft in Oberkirch um 18.42 Uhr. Für diejenigen, die an die GV kommen, fährt der Zug eine Stunde später (Luzern ab: 19.18 Uhr).

Wir freuen uns, wenn auch du dabei bist!

Grossrats- und Regierungsratswahlen 2007 Erste Sitzung der Wahlgruppe

Wir stehen vor den nächsten Wahlen. Am 1. April 2007 finden im Kanton Luzern die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Vieles hat der kantonale Vorstand bereits auf die Wege gebracht: Eine Broschüre mit den wichtigsten inhaltlichen Aussagen geht Ende Mai in Druck, und «unser» Grafiker ist daran, ein überzeugendes, peppiges Grafikkonzept zu entwerfen.

Im Mai soll die eigentliche Wahlgruppe ihre Arbeit aufnehmen. Sie entscheidet über strategische Fragen, setzt sich mit möglichen Kandidaturen auseinander und unterstützt das Sekretariat bei der Planung.

Die Wahlgruppe trifft sich gewöhnlich am Montagabend von 19.00 bis zirka 20.00 Uhr (jeweils vor den Vorstandssitzungen) – vor den Sommerferien je nach Bedarf, nach den Sommerferien alle drei Wochen. Die erste Sitzung findet ausnahmsweise an einem Dienstag statt. Am Dienstag, 2. Mai 2006, diskutieren wir eine mögliche Regierungsratskandidatur des GB. Der kantonale Vorstand lädt alle Interessierten herzlich ein, an dieser ersten Sitzung teilzunehmen (Ort: GB-Sekretariat, Neustadtstrasse 34, Luzern).



Die GB-Grossratsfraktion im März 2006, v.l.n.r.: Katharina Meile, Patrick Graf, Peter Lerch, Nino Froelicher, Sibylle Lehmann und Adrian Borgula.

Veranstaltungshinweis der Schweiz. Energie-Stiftung

Fachtagung «Erdöl ... und danach?»

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Am Freitag 2. Juni 2006, organisiert die Schweizerische Energie-Stiftung SES in Zürich im SWX Swiss Exchange, ConventionPoint eine Fachtagung zum Thema «Energieperspektiven – Wie sieht unsere Energie-Zukunft aus?».

Der weltweite Energiekonsum steigt und steigt. Klimaextreme und klimabedingte Katastrophen nehmen bedrohliche Ausmasse an. Konflikte und Kriege um das schwarze Gold werden schon fast zur Selbstverständlichkeit. Der Ölpreis bewegt sich seit Monaten um die 60 Dollar pro Barrel. Das Fördermaximum des Erdöls steht uns unmittelbar bevor. Alle Indizien sprechen für einen noch weit höheren Ölpreis. Dieses Jahr jährt sich die Katastrophe von Tschernobyl zum 20. Mal. Die Uranreserven reichen noch höchstens 65 Jahre. Und in der Schweiz wird über neue Atomkraftwerke diskutiert.

Die industrialisierte Welt ist in höchstem Masse abhängig von einer genügenden Energieversorgung. Wie werden, angesichts schwindender konventioneller Energiereserven, die Welt und die Schweiz ihren Energiebedarf decken?

An der Fachtagung 2006 legen wir deswegen den Fokus auf den gesamten Energiesektor.

Energieperspektiven gibt es viele, nur gehen die Szenarien ziemlich weit auseinander. Die Plausibilität der diversen Perspektiven (IEA, BFE, Erdöl- und Stromwirtschaft und Forschungsinstitute) soll vergleichend diskutiert werden. Erst eine breite Auslegeordnung und eine vollständige Transparenz ermöglichen es Energiefachleuten und PolitikerInnen, notwendige Entscheidungen zu treffen. Weitere Informationen, Tagungsbroschüre und Anmeldung unter: www.energiestiftung.ch; info@energiestiftung.ch oder 044 271 54 64



Energie-Initiative 2000 Unterschriften gesammelt

Mit der Initiative «Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien!» fordert das GB vom Kanton Luzern, dass er den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch bis 2030 verdoppelt – von heute 20 auf 40 Prozent. Bis Mitte April sind rund 2000 Unterschriften zusammengekommen – die Hälfte der 4000 Unterschriften, die wir insgesamt bis November zu sammeln haben. In der wärmeren Jahreszeit finden weitere Standaktionen statt (meistens in der Stadt Luzern). Haben Sie Zeit, an einem Samstag im Mai oder Juni für eine oder zwei Stunden mit uns zu sammeln? Dann melden Sie sich beim Sekretariat (lu@gruene.ch oder Tel. 041 360 79 66) – wir freuen uns über Ihren Anruf.



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH
EDGAR UEBERSCHLAG
ARCHITEKTUR
BAUÖKOLOGIE
BAUBIOLOGIE
BRÜGGLIGASSE 2
CH - 6004 LUZERN
TEL. 041 - 412 02 90



Haar- und Kleiderfarben und Rosies Kulturschaffen. Das Ganze war zwar nett, aber einfach nicht so lustig. Warum Louis und Philipp «Loser» sind und wer die Berufsrevoluzzer zahlt, ist den Betroffenen unklar. Die scheinbar lustige Bezeichnung «ambulanter Feldprediger» der Gassenarbeit ist dagegen direkt schmeichelhaft.

In der März-Debatte des Grossen Rats ging es unter anderem um die Volksinitiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen». FDP-Grossrat Beat Ineichen behauptete, einzelne im Pro-Komitee vertretene Organisationen und Parteien (LGB, Pro Natura, VCS, GB, SP, CSP) hätten das Staatsdefizit der vergangenen Jahre zu verantworten. Der Grüne Pfeffer reibt sich die Augen und fragt: **Wurden wir gar geputzt?!** Waren wir je und ohne unser eigenes Wissen an den Schaltebelen der Macht? Gerne lassen wir uns von Regierungsrat Bühlmann etwas vom Nationalbankgold auf unser PC-Konto 60-16103-5 überweisen, als Entschädigung für diese haarsträubende Verleumdung.

Das Schulwesen sähe etwas anders aus, wenn es nach der SVP ginge. So forderte SVP-Grossrat Roos beispielsweise **Schuluniformen** (Neue LZ vom 20. 1. 2006). In der Praxis könnte dies so aussehen: Die Lehrperson oder die Schulleitung – Kompetenzkonflikte sind vorprogrammiert – gibt jeden Tag die Kleiderorder für den nächsten Tag bekannt. Gilt am Montag das Tenü warm, kann am Dienstag das Tenü leicht gelten und am Mittwoch das Tenü leicht ohne Jacke. Man stelle sich nur vor, was passiert, falls das zu tragende **Tenü** noch nicht gewaschen wurde und die Schülerin mit dem falschen Tenü in der Schule erscheint! Kein Problem für die SVP. Ende 1998 forderte sie zum neuen Erziehungsgesetz die Wiedereinführung des Karzers (**Schulgefängnis**), womit die störenden Kleidertragenden schnell isoliert wären.

Auch die Polizei würde von der Einführung der Uniform profitieren. Falls einE SchuluniformträgerIn nach 22.00 Uhr auf öffentlichem Grund erwischt würde, wäre schnell ersichtlich, dass hier jemand das SVP-Ausgeheverbot nicht einhält.

Der zweimal jährlich durchzuführende Drogentest für 13-jährige SchülerInnen (Neue LZ vom 18. 3. 2006) wäre nur noch die Zugabe in der SVP-Bildungsoffensive. Das einzige Problem: die fehlenden Polizisten aufgrund des Stellenstopps (Sparprogramm des Kantons). Tja, manchmal **denken sogar SVPlers ihre Sache nicht konsequent durch!**

Die Fasnachtszeitung **Knallfrosch** würdigte unter anderem Ruedis Brandrede, Céciles

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion

Jürg Aebi, Natalie Kamber, Michael Töngi

Korrektorat

Nina Ceresa

Inserate

Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos

Jürg Aebi, Jonas Ott u.a.

Konzept, Gestaltung und Druck

Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

Abonnement

Ein Jahr Fr. 30.– Abo

Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss

RundBrief 4/2006, 24. Juni 2006

RundBrief 5/2006, 12. August 2006

Rundbrief

Agenda

Mai

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

Mo 01.	Tag der Arbeit
Di 02.	Wahlgruppe , GB-Sekretariat
Sa 06.	Standaktion Energie-Initiative , Luzern (auch an weiteren Samstagen im Mai und Juni)
Sa 06.	Das andere Luzern , UntergRundgang I (beim Historischen Museum)
Mo 08.	Frühlingspalaver , Stadtgärtnerei Wettsteinpark
Di 09.	GV 2006 , Restaurant Hirschen, Oberkirch bei Sursee (siehe S. 17)
Mo 15.	Wahlgruppe , GB-Sekretariat
Mo 15.	Kantonaler Vorstand , GB-Sekretariat
So 21.	Abstimmungssonntag

Juni

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

Fr 02.	09.00	Fachtagung der Schweizerischen Energie-Stiftung , Zürich
Do 08.	19.30	GB-Frauen , GB-Sekretariat
Mo 12.	19.00	Wahlgruppe (evtl.) , GB-Sekretariat
Mo 12.	20.00	Kantonaler Vorstand , GB-Sekretariat

Rundbrief

Veranstaltungshinweis

Frühlingspalaver vom 8. Mai 2006

Die Grünen palavern gerne (vgl. Text übers Winterpalaver auf Seite 13). Am 8. Mai geht es weiter. Zwar nicht unter einem grossen afrikanischen Palaverbaum, aber in der Stadtgärtnerei im Wettsteinpark.

Zu Beginn führt Stadtgärtner Thomas Schmid durch die Stadtgärtnerei und stellt das Verlegungprojekt vor. Thema des Palavers sind die Stadtnatur und die Naturstadt bzw. die Stadtmenschen und ihr Verhältnis zur Natur. Kann, soll, muss die Stadt Naturraum sein? Ist Stadtnatur nur Ersatz fürs verloren gegangene Paradies? Mehr dazu im Input von Biologe und Grossrat Adrian Borgula und während des anschliessenden Palavers.

Zeit und Ort: 8. Mai 2006, 18.15 Uhr, Stadtgärtnerei im Wettsteinpark, Brambergstrasse, Bus Nr. 9 bis Endstation.